



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 1 / 2010

Nr. 31 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

BIA für Minarettverbot!



Minarett der Süleymaniye-Moschee

© joakant/pixelio

Die Stadtratsgruppe der „**Bürgerinitiative Ausländerstopp**“ (**BIA**) warnt OB Maly und die Stadtverwaltung, geplante Bauvorhaben für Moscheen mit Minaretten aus Angst vor Bürgerprotesten geheimzuhalten. Die **BIA** wird hier entsprechend wachsam sein.

Hintergrund sind Pressemeldungen, nach denen inoffiziell bereits einige islamische Gemeinden beim Oberbürgermeister wegen der Genehmigung des Neubaus von Moscheen mit Minaretten „vorgefühlt“ haben.

Die **BIA** hat deshalb bereits im Dezember eine Anfrage in den Stadtrat eingebracht, die in den Stadtplanungsausschuß überwiesen und bis jetzt nicht beantwortet wurde.

Sollte es in Nürnberg derartige Vorhaben konkret geben, wird die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** ein Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid nach Art. 18a der Bayerischen Gemeindeordnung anstreben, um solche Bauwerke zu verhindern. Als Beispiel dient hier der diesbezügliche Bürgerentscheid in der Schweiz, dessen Ergebnis von der **BIA** ausdrücklich begrüßt wird. In der Schweiz gibt es wenigstens noch eine

richtige Demokratie, wo das Volk bei wichtigen Entscheidungen gefragt wird!

Selbstverständlich achtet die **BIA** das Grundrecht auf freie Religionsausübung. Dafür ist jedoch nicht die Errichtung von Bauwerken notwendig, die das Stadtbild islamisch beeinflussen und zur Machtdemonstration genutzt werden. Diesbezüglichen Bestrebungen muß konsequent politisch entgegengetreten werden.

Nur die **BIA** steht im Nürnberger Stadtrat entschieden gegen Überfremdung und Islamisierung!

**Die Sitzungen des Stadtrates im Jahr 2010
Jeweils Mittwochs um 15 Uhr:
21.4./19.5./23.6./14.7./22.9./
20.10./15.12.**

22.-24.11. Haushaltsberatungen - Beginn: 9 Uhr

Besuchen auch Sie die öffentlichen Sitzungen des Nürnberger Stadtrates im Rathaus am Fünferplatz!

**Lesen Sie auf den Seiten 2-3:
Die Folgen des Quelle-
„Untergangs“**

Wesentliche Fakten von der Nürnberger Presse totgeschwiegen Die Folgen des Quelle-“Untergangs“

Das „Aus“ für das Nürnberg-Fürther Traditionsunternehmen Quelle war für die Region wie der Untergang der Titanic. Fast niemand hatte es für möglich gehalten, daß dieses früher so erfolgreiche Familienunternehmen nach immerhin 82jähriger Firmengeschichte letztlich ohne jede finanzielle Substanz in Konkurs gehen würde und seinen Mitarbeitern keinerlei betriebliche Absicherung mehr bieten konnte.

Arbeitslosigkeit ohne Absicherung

Die Folgen sind mehr oder weniger sofortige Arbeitslosigkeit Tausender Beschäftigter ohne jede finanzielle Absicherung durch Übergangsfristen, Kündigungszeiten oder Abfindungsleistungen.

Der Staat und die Stadtverwaltungen haben die Pflicht, alles Menschenmögliche zu unternehmen, um die sozialen Folgen abzufedern und die betroffenen Mitarbeiter bei der Arbeitsplatzsuche zu unterstützen.

Insbesondere gilt es, jetzt auch Vorkehrungen zu treffen, damit nicht eine weitere vierstellige Zahl von Beschäftigten bei früheren Zulieferern der Quelle in absehbarer Zeit ebenfalls in die Arbeitslosigkeit rutscht.

Die Aussagen der Arbeitsagentur, es würden zwei Drittel der Betroffenen der Quelle-Insolvenz wieder vermittelt werden, wird von Experten stark bezweifelt. Vor allem hinsichtlich der Qualität der angebotenen Arbeit, von der die Vermittelten ja auch leben sollten. Diese Arbeitsplätze sind faktisch am Arbeitsmarkt nicht mehr vorhanden. Allzulange hat die Stadt Nürnberg einseitig auf die

Großbetriebe der Stadt gesetzt, die in besseren Zeiten die Stütze der Industriestadt Nürnberg darstellten, um dann Tausende von Arbeitsplätzen freizusetzen.

Die durch den Niedergang der Großindustrie verlorenen Arbeitsplätze, beispielsweise von Triumph-Adler, Grundig, AEG-Elektrolux und etlichen anderen, können in ihrem Umfang einfach nicht kompensiert werden.

Opfer des liberal-kapitalistischen Systems

Letztlich ist Quelle zwar durch gravierende Managementfehler zugrundegegangen, aber politisch ist das Traditionsunternehmen ein Opfer des liberalkapitalistischen Wirtschaftssystems, in dem es keine funktionierende Volkswirtschaft und den eigenen Mitarbeitern verpflichteten Privatunternehmer mehr gibt. Stattdessen dominieren globalisierte Konzernunternehmen, die von sogenannten „Managern“ und Heuschrecken-Kapitalisten „ausgenommen“ und dann „abgewickelt“ werden.

Der Staat ist unfähig oder unwillig, diesem Treiben engere Grenzen zu setzen und feste Regeln aufzustellen. Betroffene staunen darüber, daß Kapitalgesellschaften und/oder einzelne Manager mit Zeitverträgen zu horrenden Honoraren Firmen zerstören und sich mit ihrer Millionen-Gage dann absetzen oder auf ihr nächstes „Schurkenstück“ konzentrieren können.

Andere Unternehmen, wie AEG-Elektrolux, sind direkte Opfer einer Globalisierungspolitik geworden, durch die Arbeitsplätze hierzulande vernichtet werden, um sie EU-subsidiert ins Ausland zu verlagern.

Durch die übermäßigen Bei-

träge Deutschlands in die EU und deren laufende Erweiterung durch neue Empfängerländer, wurden und werden die Deutschen zu Finanziers ihres eigenen wirtschaftlichen Niederganges. Auch dieses Jahr wird Berlin als größter Nettozahler nach Angaben des Nachrichtenmagazins „Zuerst“ wieder acht Millionen Euro mehr „in den unersättlichen Schlund des EU-Molochs“ werfen, als es herausbekommt.

Politik der Herrschenden hat versagt

Diese Politik wird von allen herrschenden Parteien getragen, die jetzt auch im Nürnberger Stadtrat die Folgen ihrer eigenen Politik in ihrer Auswirkung vor Ort beklagen.

Die bayerische Staatsregierung, die kurz vor den Wahlen noch einen so genannten „Massekredit“ an Quelle gab, ohne sich um ein Zukunftskonzept zu kümmern, will sich jetzt mit einem angekündigten „Strukturprogramm Nürnberg-Fürth“ an der Stärkung der Region beteiligen. Dies ist selbstverständlich zu begrüßen. Allerdings hat dieses Programm seinen Schwerpunkt in der Förderung der Ansiedlung von neuen Technologien im Hochtechnologie-Sektor und weniger im Bereich kurzfristig wirksamer Arbeits-



BIA-Stadtrat Ralf Ollert nimmt Stellung zu den Thesen Thilo Sarrazins.
Foto: privat

marktfördermaßnahmen. Die positiven Auswirkungen für konkret Betroffene dürften deshalb wohl gering ausfallen.

Ein unglaublicher Ratgeber in der ganzen Diskussion ist dabei der DGB, der vorgibt Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Seit vielen Jahren hat er jedoch durch sein konkretes Handeln und Versagen längst jede Glaubwürdigkeit für solche Kompetenz verspielt. Da er internationalistisch und globalistisch ausgerichtet ist, kann er nicht der Interessensverwalter der lohnabhängigen Deutschen sein.

Der DGB hat die Liberalisierung des Wirtschafts- und Finanzmarktes jahrzehntelang

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 30.06.2010

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Nürnberg

DGB forderte Verzicht auf deutsche Arbeitsplätze

Fortsetzung von Seite 2

aktiv gefördert, somit die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Kauf genommen, und die Zuwanderung von Fremdarbeitern begrüßt.



Im Juli 1993 erinnerte das Ruhrgebietsblatt „Freiheit Waten-scheid“: „Wir zitieren den kürzlich über seine Börsenspekulationen gestolperten, aber vormals allgewaltigen IG-Metall-Gewerkschaftsbonzen Franz Steinkühler. Ende der achtziger Jahre hielt er eine groß aufgehängte Rede betreffs des gemeinsamen EG-Binnenmarktes. Originalton Steinkühler: ‚Wir müssen in Europa Arbeitsplätze schaffen, selbst wenn dies deutsche Arbeitsplätze kostet!‘“ Genau das ist auch passiert.

Die Aufgabe einer deutschen Gewerkschaft wäre es aber, sich für Arbeitsplätze im eigenen Land und zuerst für Deutsche einzusetzen. Wenn heute Ausländer zudem eine Quote von 35,9% der Arbeitslosen in Nürn-

berg ausmachen und mit ihren Familien aus den Sozialkassen finanziert werden müssen, hat dies gravierende soziale Folgen für unser Gemeinwesen, die so nicht akzeptiert werden können. Gerade in diesen Tagen hat der Deutsche Städtetag „Alarm geschlagen“ und festgestellt, daß die Finanzen der Städte und Gemeinden vor allem wegen der hohen Sozialkosten vor dem „Kollaps“ stehen. Hierbei sind vor allem die Sozialleistungen für Fremde zu nennen, die nach unserer Auffassung rigoros reduziert werden müßten, damit sie für die Daseinsvorsorge unserer Bürger zur Verfügung stehen.

Die liberalkapitalistische Politik ist jedoch an ihren Grenzen angelangt. So kann es nicht mehr weitergehen! Wir fordern eine konsequente Politik für eine raumorientierte Volkswirtschaft zum Wohle unserer Bürger!

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die veröffentlichte Meinung, daß ein nahezu wortgleicher Beitrag des Stadtrats der **Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)**, Ralf Ollert, in der Stadtratssitzung vom 3.2.2010 von der Nürnberger Presse vollständig totgeschwiegen wurde. Leser der **BIA-Nachrichten** sind eben besser informiert!

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der **BIA-Nachrichten** regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg.

Kurzmeldungen:

CSU will Zuwanderer gleichsetzen

München: Der Integrationsbeauftragte der Staatsregierung, Martin Neumeyer (CSU), wirbt dafür, Migranten im Freistaat als Teil der bayerischen Identität zu begreifen. Schließlich prägten Zuwanderer Bayern heute genauso mit, wie die alteingesessenen Stämme der Bayern, Franken, Schwaben und Sudetendeutschen. (AZ 8.2.10)

Beifall für Imam-Ausbildung an Unis

Berlin: Die geplante Ausbildung islamischer Religionslehrer um Imame an deutschen Unis stößt auf breite Zustimmung. Parteien, Gewerkschaften, katholische Kirche und muslimische Verbände unterstützen einen am Montag präsentierten Vertrag des Wissenschaftsrates. Dieser sei „ein richtiges Zeichen für die Integration der vier Millionen Muslime“ in Deutschland“, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU). (AZ 2.2.10)

Boat People

„Danke, daß Sie unser Land bereichern“. So lobte Minister Schäuble die Boat People aus Vietnam bei der Einweihung eines Gedenksteines zum 30jährigen Jubiläum ihrer Ankunft (AZ 14.9.09)

Bereicherung?

„Diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur, ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude sind uns willkommen, sie sind eine Bereicherung für uns alle.“ Prof. Dr. Maria Böhmer (CDU), Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Quelle: Nachrichtenmagazin „Zuerst“ 2/2010



Kommentar dazu von BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus:

„Wer volksbewußt denkt und noch immer glaubt, daß die ‚Schwarzen‘ eine wählbare Alternative zu den anderen Parteien wären, müßte sein Gehirn ‚wegen mangelnder Hilfeleistung‘ verklagen.“

Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Besuchen Sie uns im Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

Leitender Oberstaatsanwalt Roman Reusch: Araber „kriminell aktivste Gruppe“

Neuer Beweis für gescheiterte „Integration“

Wenn man sich nicht völlig weltfremd und realitätsentrückt durch unsere Städte bewegt, fällt es einem auch ohne hochtrabende Forschungsergebnisse wie Schuppen von den Augen, daß die Integration kulturfremder Ausländer hierzulande gescheitert ist.

Jahr für Jahr werden weitere Moscheen und islamische Kulturzentren aus dem Boden gestampft, immer ohne die umliegende deutsche Restbevölkerung um Erlaubnis zu bitten.

Fast wöchentlich darf man in der Presse von einem neuerlichen Gewaltakt Jugendlicher „mit Migrationshintergrund“ lesen. Die Täter hätten eine andere Mentalität, da müsse man ein Auge zudrücken, wird Kritikern der Überfremdungspolitik dann von Multikulti-Propheten und Gutmenschen entgegenschmettert. Muß man wirklich?

Eine Studie der Meinungsforschungsinstitute *Info GmbH* und *Liljeberg Research International* hat nun ergeben, daß ein überwiegender Teil der hier lebenden Jungtürken seine Heimat weiterhin in der Türkei sieht, sich mit dieser kulturell verbunden fühlt und türkische Werte auch künftig nicht gegen deutsche einzutauschen gedenkt.

Laut „Welt Online“ kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß eine Assimilation der hier lebenden Türken und türkischstämmigen Einwanderer auch in der nächsten Generation nicht zu erwarten sei. Diese Ergebnisse bestätigen Überfremdungskritiker. Nach deren Ansicht wird der Versuch

der Integration oder gar der Assimilation kulturfremder und nichteuropäischer Ausländer immer zu Entwurzelung und Identitätsverlust führen und werde daher von den Fremden schlichtweg abgelehnt.

Ein Beleg und ein Argument dafür, die unsägliche und sinnlose Integrationspolitik zu beenden und eine Politik umzusetzen, die sich an den tatsächlichen Problemen und Bedürfnissen des deutschen Volkes orientiert.

Dabei müssen nach Ansicht von Migrationsexperten der nationalen Opposition eine rechtsstaatliche und schrittweise Rückführung der nicht integrierbaren hier lebenden Ausländer und eine effektive Familien- und Bevölkerungspolitik Hand in Hand gehen.

Die Existenz türkischer Parallelgesellschaften in deutschen Großstädten, die bereits bestehende Vorherrschaft anatolischer und arabischer Jugendbanden in bundesdeutschen Ballungszentren und die zunehmende Gewaltbereitschaft dieser Gruppen sind in der Studie „Migration und Kriminalität - Rechtstatsächliche und kriminologische Aspekte und Lösungsansätze für eine erfolgreiche Integration“ des damaligen Leitenden Oberstaatsanwalts in Berlin, Roman Reusch, nachzulesen. Darin heißt es u.a.: „Ausgerechnet bei

der kriminell aktivsten Gruppe, nämlich den Arabern, ist auch der Einbürgerungsanteil mit 44% am höchsten. Zum Vergleich liegt er bei den Türken bei knapp 35%. Insgesamt haben knapp 80% aller eingetragenen Intensivtäter einen Migrationshintergrund.“ Gründe genug, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Deutschland kann aufgrund seiner hohen Besiedlungsdichte logischerweise kein Einwanderungsland sein.

Das Sozialsystem ist heute schon überbeansprucht. „Wie

soll das deutsche Volk denn bitte noch mehr Zuwanderer verkraften?“ fragen sich besorgte Beobachter. Zwangsverheiratungen im Namen Allahs und Ehrenmorde mit

Berufung auf den Koran dürfen nicht die Zukunft Deutschlands sein, fordern immer mehr Menschen.

Das, woran es dem deutschen Volk mangelt, brachte in einem „Spiegel“-Interview die Kurdin Gülsen Celebi auf den Punkt: Sie nennt es „Nazi-Macke“: die deutsche Scheu, das kulturell bedingte Fehlverhalten hier lebender Ausländer zu kritisieren. Aus Angst als Ausländerfeind, Rassist, Fremdenhasser oder was es noch so an wüsten Beschimpfungen für Überfremdungskritiker gibt, bezeichnet zu werden, üben sich die meisten Deut-

schen eher in Schweigen als in offenem Protest gegen die krankhaften Zustände in diesem Land.

Die Deutschen haben genügend eigene, teils hausgemachte Probleme, die sie künftig lösen müssen, wenn es auch in 100 Jahren noch ein deutsches Volk geben soll, das diesen Namen verdient, heißt es nicht nur an Stammtischen. Da wäre es purer Wahnsinn, auch noch zu versuchen, die Probleme der Menschen aus aller Herren Länder lösen zu wollen. Der Deutsche sei mit Sicherheit einer der gastfreundlichsten Menschen der Welt, heißt es häufig auch von ausländischen Beobachtern. Das Duckmäusertum und die Unterwürfigkeit allem Fremden gegenüber sei der Beweis, ergänzen dieselben Beobachter oft spöttisch.

Doch spätestens dann, wenn das Gastrecht flächendeckend mißbraucht werde, müsse mit falsch verstandener Humanität und Toleranzduselei Schluß sein, stellen Überfremdungskritiker der deutschen Opposition fest und fordern: „Beginnen wir endlich, unsere Probleme zu lösen, bevor wir uns fremde importieren.“

Ein großer deutscher Staatsmann stellte schon vor vielen Jahren folgendes fest: „Der Drang, fremden Interessen zu dienen, selbst wenn dies nur unter Preisgabe der nationalen Interessen möglich ist, ist eine Krankheit, deren geographische Verbreitung auf Deutschland beschränkt ist.“ Geändert hat sich nach Ansicht vieler an diesem Defekt deutschen Gemüts bis heute nicht viel.

